

# Nürnberger Erklärung

VON KIRCHEN UND GEWERKSCHAFTEN  
ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 26. SEPTEMBER 2021

## UNSERE LEITFRAGEN:

Wie hat die  
Corona-Pandemie  
uns und die  
Gesellschaft  
verändert?

Was müssen  
wir aus der Krise  
lernen und welche  
Konsequenzen  
müssen wir  
ziehen?

Welche  
politischen  
Entscheidungen  
müssen daher  
getroffen  
werden?

Diese Fragen bewegen Kirchen und Gewerkschaften in Nürnberg.  
Sie beziehen gemeinsam Position für ein soziales, gerechtes und  
nachhaltiges politisches und gesellschaftliches Handeln.



# Für eine solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft

## LEHREN UND KONSEQUENZEN AUS DER PANDEMIE

### SEHEN:

Was sich in der Pandemie gezeigt hat

Zu Beginn der Krise war eine selten erlebte **Solidarisierung** der Menschen zu spüren, die ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl hat entstehen lassen. Das Verständnis für **Tätigkeiten, die einen „Dienst leisten“** und vermeintlich nichts „produzieren“, aber für des Gemeinwohl aller von existentieller Bedeutung sind, schien deutlich zu wachsen.

**Politik und Staat** konnten beweisen, dass sie auch in kurzer Zeit **handlungsfähig** sind. Sie haben regulierend eingegriffen, als es darauf ankam, das Leben vieler Menschen zu schützen, auch auf Kosten wirtschaftlichen Wachstums.

Gleichzeitig wurde deutlich, wie sehr wir alle darauf angewiesen sind, dass genau dieses **staatliche Handeln** bis in die Verwaltungen vor Ort verlässlich **funktioniert**. Die jahrelange personelle Ausdünnung im öffentlichen Bereich erwies sich unter den Herausforderungen der Pandemie als fatale Fehlentscheidung. Durch jahrelange Einsparungen eingeschränkte Behörden und ein zunehmend auf Gewinn ausgerichtetes Gesundheitssystem erwiesen sich in der Krise als sehr anfällig.

Besonders durch die Krise belastet waren all diejenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen: Menschen in beengten Wohnverhältnissen, Arbeits- und Obdachlose, Geringverdiener\*innen, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen sowie Migrant\*innen, die von Sprach- und Integrationsangeboten abgeschnitten waren. Sie hatten in dieser Zeit eine geringe soziale und finanzielle Absicherung und waren durch oftmals bescheidene Wohnverhältnisse und dicht besiedelte Stadtquartiere auch gesundheitlich besonders gefährdet

Die Pandemie hat gezeigt, dass das Gemeinwohl ins Zentrum politischen Handelns gehört und vor individualistischen Interessen stehen muss.

**„Ist die Gesundheitskrise einmal überstanden, wäre es die schlimmste Reaktion, noch mehr in einen fieberhaften Konsumismus und in neue Formen der egoistischen Selbsterhaltung zu verfallen.“**

Papst Franziskus, Enzyklika Fratelli tutti

Ein vollkommen freier Markt scheitert im Angesicht einer Krise am Anspruch, den Nutzen aller zu erhöhen. Wo es um elementare Bedürfnisse einer ganzen Bevölkerung geht, braucht es den Vorrang der Politik zur Regulierung des Marktes, der aus sich heraus weder soziale Gerechtigkeit noch ökologische Nachhaltigkeit schafft.

Ein nur am Profit orientiertes Wirtschaftssystem erweist sich als unfähig, die Erfüllung der Grundbedürfnisse, allen voran die körperliche Unversehrtheit der Menschen, zu garantieren. Güter und Dienstleistungen, die der Grundversorgung der Menschen dienen, gehören zum öffentlichen Auftrag und dürfen nicht rein gewinnorientierten Interessen überlassen werden.

Ein leistungsfähiger Sozialstaat funktioniert nur mit handlungsfähigen Kommunen. Hierzu sollte im staatlichen Handeln das Subsidiaritätsprinzip wieder stärker berücksichtigt werden, so dass vor Ort lösungsorientierte und damit für die Menschen schnelle Entscheidungen getroffen werden können. Öffentliches Handeln darf zudem nicht von einem falschen Sparzwang gehemmt werden. Eine Weiterentwicklung der Digitalisierung ist dort sinnvoll und nötig, wo sie Prozesse vereinfacht statt komplexer und komplizierter zu machen.

Corona hat gezeigt, welchen hohen gesellschaftlichen Wert ein funktionierendes Gesundheitswesen hat. Dabei wurden allerdings auch die seit langem bestehenden Mängel im System sichtbar. Krankenhäuser, die in erster Linie wirtschaftlich effizient sein müssen und ihre Personalplanung auf Kante nähen, zwingen die Beschäftigten

über ihre Grenzen zu gehen. Die Privatisierung im Gesundheitswesen wird zunehmend zum Problem.

Die Berufsgruppen im Gesundheitswesen stehen exemplarisch für viele andere Beschäftigte, die durch ihre Dienstleistungen einen wesentlichen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, durch eine flächendeckende **Tarifbindung** die tatsächliche **Systemrelevanz** der Leistungen zu berücksichtigen.

Die Viruspandemie hat die **gegenseitige Abhängigkeit aller Menschen**, global und lokal, deutlich werden lassen. Die wachsende soziale Spaltung steht diesem „Aufeinanderangewiesen-sein“ aber konträr entgegen. Daher muss es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensbedingungen aller Menschen entscheidend zu verbessern.

**„Das Eintreten für die Schwachen dient dem Wohlstand aller. Es liegt auch im Interesse der Starken und Mächtigen.“**

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, EKD Ratsvorsitzender

Nach der Krise angemessen zu handeln, heißt, sich für weitere Herausforderungen der Zukunft richtig aufzustellen. Deshalb erwarten wir von den politisch Verantwortlichen:

- Aufhebung der Schuldenbremse und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen
- keine Steuersenkungen, die öffentliche Mittel weiter verknappen
- offensiver Ausbau digitaler Infrastruktur in der Verwaltung und Schulen
- kein Schuldenabbau durch Einschnitte in Sozialleistungen
- keine Sparmaßnahmen bei Investitionen in eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadtteile/Quartiere
- höhere finanzielle Beteiligung von Wohlhabenden an den Kosten der Krise
- Aufwertung aller sozialen und gemeinwohlorientierten Berufe
- Stärkung der Tarifbindungen durch vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitsklärung und ein modernes Tariftrue- und Vergaberecht
- eine patientengerechte Reform des Gesundheitssystems – weg vom rein gewinnorientierten Fallpauschalen-System und Einführung einer gesetzlich geregelten Personalausstattung

**„Bund, Länder und Kommunen sollten öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die tarifgebunden sind. Der Staat vergibt ansonsten mit Steuergeld bezahlte Aufträge an Firmen, die systematisch Lohndumping betreiben.“**

Reiner Hoffmann, DGB Vorsitzender

Die politisch regulierenden Entscheidungen in der Pandemie haben Leben gerettet und die Gesellschaft trotz Widerständen zu gemeinschaftlichem Handeln geführt. Diese Entschlossenheit muss jetzt auch für die ökologische Krise gelten. Daher sind alle Zukunftsinvestitionen auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu überprüfen. Wir erwarten von einer zukunftsorientierten Politik, dass sie sich nicht scheut, auch unbequemen Entscheidungen zu treffen, damit sie der Erhaltung der Lebensgrundlagen aller dienen.

### HANDELN:

Was wir jetzt von der Politik erwarten

### URTEILEN:

Welche Optionen wir für die Zukunft sehen

## UNTERZEICHNER

Dr. Manfred Böhm,  
Leiter Arbeitnehmerpastoral  
im Erzbistum Bamberg

Stephan Doll,  
Geschäftsführer DGB  
Region Mittelfranken

Andreas Lurz,  
Kath. Stadt- und  
Regionaldekan

Dr. Jürgen Körnlein,  
Evang. Stadtdekan

Prof. Dr. Johannes Rehm,  
Leiter Evang. Kirchlicher Dienst  
in der Arbeitswelt